

## Niederschrift

### zur gemeinsamen Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses und des Ausschusses für Kultur, Sport, Soziales und Gleichstellungsfragen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Dienstag, den 24.05.2016	18:34-22:01 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

#### Anwesenheit

##### Vorsitz

Karin Lehmann,  
Stephan Wende,

##### Fraktion DIE LINKE.

Rene Benz,  
Monika Fiedler,  
Käthe Radom,

##### CDU-Fraktion

Jens Hoffrichter,  
Jürgen Teichmann,

##### Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Thomas Fischer ab 19:11 Uhr (TOP 7.1),  
Kai Hamacher,  
Anja Miethke,  
Matthias Rudolph, Vertretung für Frau Christina Krüger,

##### SPD-Fraktion

Katja Dost,  
Klaus Hemmerling,  
Elke Wagner bis 20:35 Uhr (TOP 7.3),

##### FDP-Fraktion

Eberhard Henkel,  
Petra Schumann,

##### Alternative für Deutschland (AfD)

Lars Aulich,

##### Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz,  
Jens-Olaf Zänker,

##### Sachkundige BürgerInnen

Heinz Almes,  
Thomas Apitz,

Rolf-Peter Hooge,  
Karsten Klemt,  
Heinz-Georg Lehmann,  
Gordon Starcken,

#### **Verwaltung**

Sylvaine Meister, Fachbereichleiterin Bürgerdienste,  
Christfried Tschepe, Fachbereichsleiter Stadtentwicklung,  
Carsten Fettke, Fachgruppenleiter Bau- und Liegenschaftsmanagement,  
Andreas Politz, Fachgruppenleiter Familie, Soziales und Bildung,  
Anne-Gret Trilling, Öffentlichkeitsarbeit,  
Jeannine Albrecht, Fachgruppe Stadtplanung,  
Elke Stein und Marco Witte für das Protokoll,

#### **Gäste**

Frau Huschenbett, Landkreis Oder-Spree, Amtsleiterin Amt für Gebäude- und IT-Management,  
Frau Brehm, Schulleiterin Theodor-Fontane-Grundschule,  
Herr Bosse, stellvertretender Schulleiter Theodor-Fontane-Grundschule,  
Herr Dr. Scharnholz, INIK (Institut für neue Industriekultur),  
Herr Dipl.-Ing. Hettchen, INIK,  
Herr Schömberg, INIK,  
Herr Holtkamp, Innenstadtmanagement,  
Sigrid Daske, Behindertenbeirat,  
Elke Neitsch, Behindertenbeirat,  
Frau Jenning, Märkische Oderzeitung,  
Herr Ulbricht, Spreebote sowie  
vier weitere Bürger.

#### **Abwesend**

#### **CDU-Fraktion**

Rolf Hilke,

#### **Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)**

Christina Krüger,

#### **SPD-Fraktion**

Jürgen Luban.

### **TOP 1 Eröffnung der gemeinsamen Sitzung**

Der Vorsitzende des gastgebenden Stadtentwicklungsausschusses eröffnet die gemeinsame Sitzung um 18:34 Uhr.

### **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit**

Es sind acht stimmberechtigte Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses und elf stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses für Kultur, Sport, Soziales und Gleichstellungsfragen anwesend. Herr Aulich ist als Mitglied beider Ausschüsse in beiden Ausschüssen stimmberechtigt.

### **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Der Vorsitzende schlägt vor den TOP 7.1 vor den TOP 6 zu ziehen, da die Referentin aufgrund von terminlichen Problemen darum gebeten hat. Dem Vorschlag wird einstimmig zugestimmt.

#### **TOP 4 Informationen der Vorsitzenden**

Es gibt keine Informationen seitens der Vorsitzenden.

#### **TOP 5 Informationen und Anfragen aus Beiräten**

Es gibt keine Informationen oder Anfragen aus Beiräten.

Die Anfragen aus der letzten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses sollen in dem nicht gemeinsamen Teil der heutigen Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses beantwortet werden.

#### **TOP 7.1 Investitionen des Landkreises Oder-Spree in der Stadt (BE: Fr. Huschenbett, LOS)**

Frau Huschenbett präsentiert die Investitionen des Landkreises Oder-Spree in kreiseigene Immobilien in der Stadt Fürstenwalde/Spree.

Nach Vollendung der ersten zwei Bauabschnitte am **Geschwister-Scholl-Gymnasium** werden die nächsten Bauabschnitte angegangen. Im dritten Bauabschnitt wird u.a. der Wirtschaftshof gestaltet. Dieses Vorhaben wird verbunden mit Maßnahmen auf dem benachbarten, ebenfalls kreiseigenen Gelände der Rettungswache. Insgesamt sind dafür ca. 500.000 Euro im Haushaltsjahr 2016 eingeplant.

Weiterhin soll in drei weiteren Bauabschnitten eine grundhafte Sanierung der Klassenräume stattfinden. So soll die Raumakustik durch Abhängen der Decken und schalldämmende Verkleidungen der Decken verbessert werden. Ebenso sollen die Beleuchtung angepasst werden sowie malermäßige und ggf. Fußbodeninstandsetzungsarbeiten durchgeführt werden. Im Erdgeschoss wird ein neues Fachkabinett Biologie/Chemie eingerichtet. Aufgrund ihrer Schwergängigkeit und dem ausbleibenden Erfolg bisher getätigter Maßnahmen zur Behebung derselben werden die Außentüren im nächsten Jahr ersetzt.

Herr P.-F. Aplitz zeigt sich erfreut über das Austauschen der Türen, da sie es besonders Rollstuhlfahrern erschweren, das Gebäude zu betreten.

Herr Wende fragt, wie die Auslastung der Einrichtung aussieht. Er kritisiert, dass die inklusive Beschulung und barrierefreie Zugänglichkeit derzeit nur im Erdgeschoss möglich ist. Frau Huschenbett bemerkt, dass im nächsten Schuljahr vierzünftig gelehrt wird. Dafür sind die Raumkapazitäten ausreichend. Zum Thema Inklusion stellt sie fest, dass es derzeit nicht geplant ist, einen Aufzug zu errichten, um die Zugänglichkeit der anderen Etagen herzustellen.

Herr Wende und Herr Almes kritisieren das Ausbleiben des Aufzugseinbaus, da Menschen in Rollstühlen derzeit getragen werden müssen. Frau Huschenbett sagt zu, das Thema perspektivisch anzugehen.

Im **Oberstufenzentrum Palmnicken (OSZ)** sind die Raumkapazitäten nicht ausreichend. Die Schülerzahlen der Sekundarstufe 2 werden auch im Hinblick auf den Flüchtlingszuwachs ansteigen. Hier müssen mehrere Schulformen angeboten werden. Freigewordene Wohnraumkapazitäten auf dem Gelände im Zusammenhang mit der Errichtung des Jugendgästehauses sollen der schulischen Nutzung zugeführt werden. Hierbei müssen denkmalschutzrechtliche Belange beachtet werden.

Auf Frau Fiedlers Frage nach dem zeitlichen Umfang antwortet Frau Huschenbett, dass die Maßnahmen in diesem Jahr begonnen und wahrscheinlich 2018 beendet sein werden.

Herr Wende fragt nach einer eventuellen Erweiterung des Jugendgästehauses. Herr Tschepe informiert darüber, dass zunächst der Bedarf geprüft wird und dann die Entscheidung gefällt wird, ob ein Umbau des vorhandenen leerstehenden Gebäudes oder ein Abbruch und Neubau sinnvoller wäre.

In der **Juri-Gagarin-Oberschule** soll das vorhandene Datennetz erweitert werden. Nachfolgend soll in den Sommerferien die Ausstattung mit moderner IT-Technik erfolgen. Weiterhin soll der Essensraum erweitert werden, da eine Zunahme der Essensteilnehmer zu beobachten ist. Derzeit findet eine Bestandsaufnahme des Schulgeländes und des Gebäudes statt, bei der der erforderliche Sanierungsbedarf festgestellt werden soll. Im Jahr 2018 sollen diverse Maßnahmen erfolgen, u.a. bei den Versorgungssystemen, der Dachhaut und die Sanierung von Klassenräumen. Dafür sind 1,6 Mio. Euro veranschlagt.

Herr Wende erkundigt sich nach der Möglichkeit der Verknüpfung mit den Maßnahmen an der benachbarten Sigmund-Jähn-Grundschule. Frau Huschenbett meint, dass es derartige Denkmalsätze im zuständigen Amt gibt. Herr Politz ergänzt, dass bisher noch keine diesbezüglichen Gespräche stattgefunden haben. Seines Wissens hätten sich solche Schulmodelle in der Praxis auch noch nicht bewährt. Herr Wende verweist auf einige Beispiele, an denen sich solche Schulzentren seines Wissens bewährt hätten.

Für die **Spreeschule** ist ein neuer Schulbau am Standort Beeskower Chaussee geplant. Die Mittel sind im Haushalt eingestellt. Derzeit fand der Einstieg in die ersten Vorplanungen statt. Der Baubeginn ist für 2018 und die Fertigstellung für 2019 geplant. Ein Grund sind die zunehmenden Schülerzahlen und die geplante Umstellung auf eine Vierzügigkeit.

Frau Fiedler fragt, was nach dem Umzug mit dem bisherigen Standort geschehen wird. Frau Huschenbett informiert, dass die Liegenschaft dann wieder an die Stadt zurückgehen wird.

Herr Wende regt an, die Gerhard-Goßmann-Grundschule und die Spreeschule an einem Standort zu vereinen. Darauf sagt Frau Huschenbett, dass momentan ein akuter Raumbedarf an der Oberschule besteht und der Vorschlag einen zu großen Zeitverzug bedeuten würde.

In der **Musikschule** sollen im Nebengebäude Musikschulräume hergerichtet werden, da einige Kellerräume im Hauptgebäude wegen Feuchtigkeit nicht nutzbar gemacht werden können.

An der **Erich-Kästner-Schule** finden im nächsten Jahr Sanierungsarbeiten am Hauptgebäude statt, u.a. an den WC-Anlagen und der Fassade.

Am Standort des Neubaus des Verwaltungsgebäudes der **KWU** in der Frankfurter Straße wurde das Altgebäude beseitigt. Es sollen ein viergeschossiges Gebäude an der Straße mit Büroräumen und im hinteren Teil ein zweigeschossiger Anbau mit einem Sitzungssaal errichtet werden. Auf dem hinteren Teil der Fläche werden Parkplätze errichtet.

Herr Wende kritisiert den Entwurf, während Herr Hoffrichter meint, dass sich das Gebäude durchaus gut in die Umgebung einfügt. Herrn Wendes Frage nach dem Entstehen von Wohnraum in dem Gebäude wird verneint. Auf Nachfrage von Herrn Almes erklärt Frau Huschenbett, dass auf dem Dach eine Photovoltaikanlage errichtet wird. Frau Radom fragt, ob bauliche Maßnahmen wegen der Sonneneinstrahlung geplant seien. Darauf verweist Frau Huschenbett, dass äußere Verschattungselemente angebracht werden sollen.

Die Hallen in der **Lise-Meitner-Straße** (ehem. Odersun) sollen umgenutzt werden. In der alten Modulhalle soll das Archiv-, Medien- und Lesezentrum der Kreisverwaltung entstehen. Weiterhin soll der Hausmeisterstandort aus der Trebuser Straße dorthin ziehen.

Die mehr als doppelt so große alte Zellhalle soll zur Unterbringung der Einheiten und Verwaltung des Brand- und Katastrophenschutzes sowie zur Nutzung durch das Technische Hilfswerk (THW) umgestaltet werden.

Herr Wende regt an, das städtische Archiv in den Bau zu integrieren, falls es möglich ist.

Die Liegenschaft an der **Trebuser Straße** steht zum großen Teil unter Denkmalschutz. Sie ist für Büronutzung des Landkreises nicht geeignet. Nachdem sie im Anschluss an den Umzug der heutigen Nutzungen beräumt wurde, soll sie veräußert werden.

Der Landkreis wird 2016 eine Außenstelle der Kreisverwaltung (Gesundheitsamt und Betreuungsbehörde) in den Räumlichkeiten der ehem. Hypovereinsbank am **Goetheplatz** einrichten, da es Raumengpässe im Büroturm am Bahnhof gibt.

Frau Radom regt an, das Objekt Trebuser Straße dem Haus Brandenburg anzubieten. Hier sagt Frau Huschenbett, dass derartige Gespräche bereits geführt werden.

Herr P.-F. Apitz appelliert an alle Kreistagsmitglieder, den umgehenden Einbau eines Aufzuges im Geschwister-Scholl-Gymnasium zu fordern. Herr Wende schlägt vor, eine solche Bitte an den Landkreis zu formulieren und durch beide Gremien zu beschließen. Frau Fiedler verweist auf die Einflussmöglichkeit der Elterngremien.

Frau Fiedler fragt nach dem Stand zum **Haus Hoffnung 1**, welches sich in einem schlechten Zustand befindet. Frau Huschenbett sagt, dass die Haushalts- und Investitionsplanung eine Sanierung vorsieht. Diese ist derzeit in der Prüfung. Die Prognose zur zahlenmäßigen Entwicklung muss abgewartet werden, um Überkapazitäten zu vermeiden. Besser für die Eingliederung der Flüchtlinge ist die Unterbringung in bestehenden Wohnräumen. Herr Wende bittet Frau Huschenbett mitzunehmen, dass Behördengänge nach Beeskow für die Flüchtlinge unzumutbar und möglichst zu vermeiden sind. Frau Fiedler ergänzt, dass es nicht nur die in Fürstenwalde untergebrachten Menschen betrifft, sondern auch die in der Umgebung lebenden Personen. Frau Huschenbett verweist auf das in der Kreisverwaltung im Aufbau befindliche Amt für Integration.

## **TOP 6     Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen gestellt.

## **TOP 7     Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der gemeinsamen Sitzung**

### **TOP 7.2     Antrag der Fraktion DIE LINKE "Bericht zum Denkmalschutz - Denkmale 6/AN/308 präsentieren - Denkmalliste erweitern"**

Der Vorsitzende des Stadtentwicklungsausschusses leitet den Antrag der Fraktion DIE LINKE ein. Er verweist auf einen technischen Fehler in der Übertragung des Antrags und bittet dies zu beachten.

Herr Hoffrichter fragt, ob der Termin 22.09.2016 realistisch scheint. Herr Tschepe sagt, dass er diesbezüglich Kontakt mit dem Bauordnungsamt aufgenommen hat, wo die untere Denkmalschutzbehörde angesiedelt ist. Es ist unklar, ob an diesem Termin ein Ergebnis präsentiert werden kann. Eine entsprechend der Antragsformulierung geforderte Liste mit Eigentümern, bestehender und geplanter Nutzung etc. kann bzw. darf für private Denkmale nicht vorgelegt werden und ist ausschließlich für städtische bzw. ggf. im Eigentum des Landkreises befindliche Objekte möglich.

Herr Wende verweist auf möglicherweise daran interessierte private Denkmaleigentümer, welche auf diese Weise mit anderen Personen/Institutionen in Kontakt treten könnten. Der Terminvorschlag soll als Zielstellung dienen, könnte aber auch noch geringfügig verschoben werden. Herr Tschepe regt an, über die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Informationen und Anregungen aus der Bevölkerung einzusammeln. Er verweist auf einige aktuelle Unterschützstellungen.

Herr Zänker fragt nach der Terminkette zur vor einem Jahr in der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Aufstellung roter Tafeln. Herr Tschepe verweist auf den TOP 11.1, in dem das Innenstadtmanagement den aktuellen Stand präsentieren wird. Der Preis pro Tafel kann durch Mehrbestellung gesenkt werden. Insgesamt wird ein nennenswerter fünfstelliger Betrag aufgerufen werden. Herr Rudolph verweist auf einen Antrag der SPD-Abgeordneten Alter im Jahre 2012, der damals einstimmig angenommen wurde und nach vier Jahren noch nicht umgesetzt ist. Dieser sah vor, ähnlich Fälle der damals abgerissenen Villa Hase in der Eisenbahnstraße zu benennen. Herr Tschepe bemerkt, dass die Stadt keine Zuständigkeit für den Denkmalschutz hat und daher keine Stelle in der Stadtverwaltung dafür eingerichtet ist. Herr Wende ergänzt, dass es nur um eine Empfehlung von schützenswerten Objekten an den Landkreis ging, welche durch Stadtverordnete und Verwaltung erfolgen sollte.

Herr Almes fragt, ob alle Denkmale in der Liste erfasst sind, so auch das Schleusenwärterhaus auf der Spreeinsel. Herr Starcken bemerkt, dass im Bereich der Spreeinsel nur die Treidelwegbrücke, die Spreemühle und das noch vor dem Wehr befindliche Mühlenwärtergebäude unter Schutz stehen.

Herr Tschepe merkt an, dass der Wunsch das Bahnhofsgebäude von 1842 als eines der ältesten erhaltenen seiner Art unter Schutz zu stellen, von der Denkmalschutzbehörde wegen diverser Umbauten abschlägig entschieden wurde.

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung in der Sitzung am 22. September in Abstimmung mit der Unteren Denkmalsbehörde des Landkreises Oder-Spree einen Bericht zum Denkmalschutz in der Stadt Fürstenwalde vorzulegen, der umfassende Informationen (u.a. wann und aus welchen Gründen als Denkmal ausgewiesen, Eigentumsverhältnisse und derzeitige bzw. geplante Nutzung, derzeitiger Zustand des jeweiligen Denkmals) zu den unter Denkmalschutz gestellten Gebäuden und Bauwerken enthalten soll sowie die Darstellung unternommener Maßnahmen zum Erhalt der jeweiligen Denkmäler. Der Bericht soll neben Gebäuden und Bauwerken auch die Natur- und Kulturdenkmäler und die unter Ensembleschutz stehenden Kulissen umfassen.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit dem Museum, dem Freundeskreis des Museums und anderen historisch Interessierten und Engagierten Institutionen, wie zum Beispiel dem Verschönerungsverein der Stadt, eine Liste ortsbildprägender und/oder ortsgeschichtlich bedeutender Gebäude, Bauwerke oder markanter Natursolitäre, wie z.B. Bäume oder der Hangkante, zu erstellen und ggfs. zur Aufnahme in die Denkmalliste vorzuschlagen. Über einen Aufruf sollten die Einwohner\*innen der Stadt zur Mitarbeit gewonnen werden.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit dem Tourismusverein die wissenswerten und interessanten "Roten Tafeln" als Informationsquelle für auf alle unter Denkmal- bzw. Ensembleschutz stehenden Gebäude und Gebiete auszudehnen. Auf diese Weise soll es gelingen, die Alt- und Neufürstenwalder wie auch die Gäste unserer Stadt mit kulturellen Schätzen Fürstenwaldes vertraut zu machen.

Abstimmung des Stadtentwicklungsausschusses:

**Zustimmung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

Abstimmung des Ausschusses für Kultur, Sport, Soziales und Gleichstellungsfragen:

**Zustimmung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

#### **TOP 7.3 Grundsatzbeschluss zur Erweiterung der Theodor-Fontane-Grundschule 6/DS/305 (BE: Hr. Dr. Scharnholtz, Hr. Dipl.-Ing. Hettchen, Hr. Schömberg, INIK)**

Herr Politz führt einleitend aus, dass die Grundschulen in der Stadt entweder die Kapazitätsgrenze erreicht haben oder diese in absehbarer Zeit erreichen werden. In Fürstenwalde-Süd stößt die Gerhard-Goßmann-Grundschule durch die durchgehende Dreizügigkeit an ihre Kapazitätsgrenze. In Nord wird die Sonnengrundschule mit 14 Klassen und drei Flexgruppen im Schuljahr 2017/18 überlastet sein. Die Sigmund-Jähn-Grundschule hat elf Klassen und drei Vorbereitungsgruppen. Sie hat eine Kapazität von insgesamt 13 Klassen, welche ebenso 2017/18 ausgeschöpft sein werde.

Die Theodor-Fontane-Grundschule muss seit langem Aufnahmebegehren ablehnen. Mit 15 Klassen ist die Kapazität ausgeschöpft. Aus dem traditionsgemäßen Einzugsgebiet (Wohnortnähe) werden Schüler nach Süd und Nord verteilt. Eine Erweiterung bedeutet entsprechend auch eine Entlastung für die Schulen in den Stadtteilen Nord und Süd. Für eine Dreizügigkeit werden 18 Klassenräume benötigt. Die Planung wurde mit der Schulleitung abgestimmt und auf den unabdingbaren Bedarf begrenzt.

Die Nachnutzung des Schulgebäudes der Spreeoberschule (siehe TOP 7.1) stellt keine Lösung dar, da das Objekt als eigenständiger Schulstandort zu klein ist, ein gemeinsamer Standort mit der

Gerhard-Goßmann-Schule nicht praktikabel wäre und dadurch auch der akute Bedarf in Mitte nicht gedeckt werden würde.

Die Vorgaben zum Raumprogramm an der Theodor-Fontane-Grundschule sehen pro Klasse einen Raum, also insgesamt 18 Klassenräume vor. Dazu kommen Gruppenräume, ein Raum für einen Sozialarbeiter, WCs, ein Computerkabinett und ein kombinierter Fachraum Physik/Biologie. Die Benutzung derzeit genutzter Kellerräume kann aufgegeben werden.

Frau Brehm, Schulleiterin der Theodor-Fontane-Grundschule, merkt an, dass nach Anmeldungen ungefähr eine komplette Klasse in diesem Schuljahr an andere Schulen umgeleitet werden musste. Die Zahl der Schüler im Grundschulalter ist generell an allen Grundschulen steigend. Sie bittet, die Voraussetzungen für einen qualitätsvollen Unterricht zu schaffen, indem insgesamt 18 Räume eingerichtet sowie ein Aufzug eingebaut werden.

Herr Zänker fragt nach den heutigen und künftigen Möglichkeiten für einen Kleingruppenunterricht. Herr Politz antwortet, dass dies jetzt schon vorhanden ist, jedoch nicht ausreicht. Frau Brehm ergänzt, dass die Planungen für drei Klassenräume jeweils einen Gruppenraum vorsehen und dass diese Größenordnung als ausreichend erachtet wird.

Herr Almes erkundigt sich nach der Anzahl der Grundschüler in freien Schulen. Herr Politz sagt, dass ca. 80 Kinder in nichtstaatlichen Einrichtungen beschult werden. Die Schüler werden in den Planungen berücksichtigt.

Herr Hoffrichter fragt, warum die Räumlichkeiten in der Stadt heute nicht mehr ausreichen sollen, obwohl sie dies früher taten und ob die Mitnutzung des ehem. städtischen Gymnasiums durch die Theodor-Fontane-Grundschule eine (Übergangs-)Lösung darstellen würde. Herr Politz erklärt, dass Normative ausgeweitet wurden. Die Mitnutzung wurde geprüft, aber es wurde keine Möglichkeit gefunden.

Herr Fischer fragt, ob die Rahnschule im nächsten Schuljahr ein- oder zweizügig beschult wird. Nach Herrn Politz' momentanem Kenntnisstand soll sie zweizügig beschult werden, diese Information würde er aber nochmal prüfen und könnte das Ergebnis weitergeben. Die Frage von Herrn Fischer, ob die geplanten Maßnahmen für die Dreizügigkeit der Theodor-Fontane-Grundschule ausreichen, bejaht Frau Brehm.

Frau Fiedler fragt, inwieweit die Thematik Inklusion bei der Planung beachtet wird. Herr Politz bemerkt, dass nicht jede Schule behindertengerecht ausgestattet wird, weil auch nicht die Notwendigkeit dazu besteht. Darauf entgegnet Frau Fiedler, dass Inklusion nicht nur Behindertengerechtigkeit umfasst. Heute werden alle betroffenen Schüler auf die Sonnengrundschule geschickt, was einer Exklusion nahekommt.

Herr Wende stellt fest, dass zwei Klassenräume der Sigmund-Jähn-Grundschule als Hort genutzt werden, ähnlich der früheren Situation an der Gerhard-Goßmann-Grundschule. Er regt an, eine Verknüpfung mit einem Hort auch an der Theodor-Fontane-Grundschule zu bedenken.

Herr Schömberg vom Planungsbüro, INIK (Institut für Neue Industriekultur GmbH) mit Sitz in Cottbus, stellt die Umfeldbedingungen, den Planungsprozess und die Gedankengänge vor und präsentiert die zwei letztlich favorisierten Planungsvarianten für den Anbau an der Theodor-Fontane-Grundschule. Variante 1 stellt einen die äußeren Elemente des Altbaus aufnehmenden, architektonisch gestalteten Neubau dar, während die zweite Variante eher zurückhaltend gestaltet ist. Innerhalb der Gebäudehülle erfüllen beide Entwürfe dieselben Raumvorgaben der Stadt. Zwischen dem bestehenden Altbau und dem Anbau würde ein Verbindungsbau errichtet. In ihm würde der Fahrstuhl platziert, der ein barrierefreies Erreichen aller Etagen bewirkt.

Herr Tschepe erbittet eine tendenzielle Aussage der Abgeordneten für eine der Varianten. Er merkt an, dass die Verwaltung die erste Variante bevorzugt, gibt aber zu bedenken, dass die Denkmalbehörde die Variante 2 vorziehen dürfte, da der denkmalgeschützte Altbau hier nicht an Beachtung verliert. Daraufhin versichert das Planungsbüro, dass es in der Vergangenheit eine sehr gute Zusammenarbeit mit der Denkmalschutzbehörde gepflegt hat.

Herr Wende fragt, ob moderne Lernformen bei der Erstellung der Pläne bedacht wurden, damit das Gebäude auch in der Zukunft attraktiv sein wird. Herr Politz entgegnet, dass die Schule schon heute

ein erfolgreiches pädagogisches Konzept verfolgt. Zudem lassen die finanziellen Vorgaben kaum einen Spielraum. Herr Wende betont, dass künftig neue schulische Konzepte, z.B. mit geringeren Klassenstärken, sehr wahrscheinlich sind. Er wolle die Chance des Neubaus dahingehend nutzen, dies heute schon zu berücksichtigen.

Herr Fischer wünscht sich, dass eine Variante gewählt wird, die bei Bedarf in einigen Jahren einen weiteren Anbau zulässt.

Herr Zänker erkundigt sich nach der energetischen Sicht wegen der großen Glasflächen bei Variante 1. Herr Schömberg sagt, dass ein sommerlicher Wärmeschutz (Verschattung) in beiden Varianten notwendig ist.

Herr Hamacher verweist auf die wahrscheinlich stark unterschiedlichen Kosten für die Gebäudereinigung zwischen den Varianten. Herr Schömberg meint, dass durch eine pauschale Vergaberegulation die Kosten nicht unbedingt erheblich differieren müssen. Andererseits könnten auch die Glasflächen kleiner gestaltet werden. Herr Tschepe ergänzt, dass die Folgekosten für die Stadt nach den Leistungsphasen 3 und 4 ersichtlich werden.

Herr Hoffrichter bittet um eine Betrachtung des gesamten Gebäudekomplexes. Sowohl das alte Schulgebäude als auch der neue Anbau sollten einheitlichen Maßstäben genügen.

Herr Fettke fügt an, dass nur unerhebliche Kostenunterschiede zwischen den Varianten bestehen. Für Variante 1 werden laut Kostenberechnung nach DIN 4,5 Mio. Euro veranschlagt, die Kosten der Variante 2 liegen um 23.000 Euro niedriger. Die Berechnung wird der Drucksache beigelegt. Maßnahmen zur Gewährleistung der Barrierefreiheit im Altgebäude würden ca. 450.000 Euro Mehrkosten bedeuten.

Herr P.-F. Apitz bemerkt, dass beim Thema Inklusion der Altbau vom Anbau getrennt betrachtet werden sollte. Inklusiv Gestaltung des Altbaus sollte zu einem späteren Zeitpunkt behandelt werden.

Herr Tschepe erklärt auf Nachfrage von Herrn Fischer, dass die Einplanung im Haushalt aufgrund des Auslaufens zweier Förderprogramme bis 2019 notwendig ist. Das Kommunale Investitionsförderungsgesetz (KIFG) steht in der Umsetzung nur bis 2018 zur Verfügung. Das Programm Attraktive Stadtzentren (ASZ) läuft nur bis 2019. Dies könnte für die Außenanlagen genutzt werden. Die Ausgabenplanung muss 2017 berücksichtigt werden. Herr Fettke informiert, dass der Eigenanteil der Stadt im Maximalfall bei 1,3 Mio. Euro liegen wird.

Herr Fischer fragt, ob die WCs im Keller des Bestandsgebäudes bestehen bleiben werden. Herr Fettke sagt, dass die vorhandenen Toiletten erhalten bleiben und über den laufenden Haushalt saniert werden.

Auf Herrn Rudolphs Nachfrage erklärt Herr Fettke, dass die Summe von 4,5 Mio. Euro den Abbruch der alten Gebäude, die Errichtung des Erweiterungs- und des Verbindungsbaus sowie die Gestaltung der Außenanlagen einschließlich der Planungsleistungen umfassen. Das Bestandsgebäude wird sukzessive saniert, so sind z.B. für 2016 Arbeiten in Höhe von 18.000 Euro eingeplant. Die Verwaltung soll für die Entscheidungsfindung vor der Stadtverordnetenversammlung am 02.06.2016 für die Abgeordneten aufschlüsseln, welche Summen für die Sanierung eingeplant sind.

Herr Rudolph wünscht eine Aufstellung, welche Räumlichkeiten bisher zur Verfügung stehen und was die neue Maßnahme bewirkt. Diese Information soll allen Abgeordneten zukommen.

Da sich beide Ausschüsse dafür aussprechen, auch den Altbau barrierefrei auszubauen, schlägt Herr Wende folgende Änderungen der Drucksache vor:

- Im Sachverhalt die Streichung des Absatzes: „Die Anforderungen an den barrierefreien Umbau des Bestandsgebäudes wurden im weiteren Untersuchungs- und Planungsverlauf verworfen, da hierfür die „Sonnengrundschole“ zur Verfügung steht und weitere Investitionskosten (Rückbau der Böden in den Räumen) in Höhe von ca. 465.200 € notwendig wären. Die „Sonnengrundschole“ erfüllt jetzt und auch in den nächsten Jahren alle baulichen und pädagogischen Anforderungen an Inklusion und Barrierefreiheit.“



- Die Ergänzung des Beschlusstextes um den Passus: „Die Verwaltung wird beauftragt, die Barrierefreiheit auch im Altgebäude umzusetzen.“

Über die vorgeschlagenen Änderungen stimmen beide Ausschüsse getrennt ab.

Abstimmung des Stadtentwicklungsausschusses:

**Zustimmung Ja 5 Nein 1 Enthaltung 2 Befangen 0**

Abstimmung des Ausschusses für Kultur, Sport, Soziales und Gleichstellungsfragen:

**Zustimmung Ja 5 Nein 1 Enthaltung 4 Befangen 0**

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Durchführung des Bauvorhabens „Erweiterung der Theodor-Fontane-Grundschule“ in der Windmühlenstraße 11 und die Beauftragung der Planungsleistung bis zur LPH 4 nach HOAI, auf der Grundlage der Vorplanung Variante 1 wird beschlossen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Barrierefreiheit auch im Altgebäude umzusetzen.

Abstimmung des Stadtentwicklungsausschusses:

**Zustimmung mit Änderung Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0**

Abstimmung des Ausschusses für Kultur, Sport, Soziales und Gleichstellungsfragen:

**Zustimmung mit Änderung Ja 7 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0**

#### **TOP 8 Beendigung der gemeinsamen Sitzung**

Der Vorsitzende des gastgebenden Ausschusses beendet den gemeinsamen Teil der Sitzung um 22:01 Uhr.

Der Stadtentwicklungsausschuss setzt anschließend seine heutige 27. Sitzung im Festsaal fort.

Der Ausschuss für Kultur, Sport, Soziales und Gleichstellungsfragen setzt im Anschluss seine am 28.04.2016 unterbrochene Sitzung im Beratungszimmer des Alten Rathauses fort.

Stephan Wende

Karin Lehmann

Marco Witte

---

Vorsitzender

Vorsitzende

Schriftführer